

22. Wohnen und Verdrängung

Umkämpfte urbane Reproduktionsbedingungen in Altona-Altstadt

Moritz Rinn

Frau Sander* und ich treffen uns in einem Café im Grünzug Neu-Altona. Es ist der erste »Corona-Sommer« und ich hatte die langjährige, mittlerweile schon verrentete SAGA-Mieterin über ihren Nachbarn kennengelernt. Der wiederum hatte sich auf einen der Aushänge gemeldet, mit dem meine Kolleg*innen und ich Bewohner*innen aus Altona-Altstadt für Interviews im Rahmen eines Forschungsprojekts zu städtischen Aneignungskonflikten¹ gewinnen wollten – und zwar Leute, »die persönliche Schwierigkeiten mit der Wohnung, der Miete oder dem Vermieter erlebt haben« (so stand es auf den DIN-A4-Zetteln, die wir an Laternenpfähle und Schwarze Bretter, in Kiosken, Kneipen und sozialen Einrichtungen im Viertel aufgehängt hatten). Auf meine erste Frage, wie sie eigentlich nach Altona-Altstadt gekommen sei, beginnt Frau Sander* eine ziemlich komplexe Geschichte zu erzählen über die bis heute prekäre Aneignung ihrer Wohnung in einem Haus aus der Gründerzeit im nördlichen Teil Altona-Altstadts.

Die Geschichte nimmt ihren Anfang im benachbarten Ottensen, wo sie in den 1980er Jahren gewohnt und miterlebt habe, wie »langsam das Geld einzog« und sich der Stadtteil »zu einem schickeren Viertel« entwickelte: »Da ließen sich plötzlich die Lehrer nieder, die ganze alternative Szene strömte da rein, und da merkte ich schon, das wird hier so langsam Zeit, mal zu verschwinden.« Sie und ihr damaliger Lebensgefährte hätten dann über einen Freund von einer freien Wohnung in Altona-Altstadt erfahren – allerdings in einem ziemlich maroden Altbau. Die Wohnung war noch dazu »gesperrt«, also

1 Frau Sander* heißt eigentlich anders, ihr Name sowie die aller anderer Bewohner*innen sind pseudonymisiert. In dem von Jan Wehrheim an der Universität Duisburg-Essen geleiteten DFG-Projekt »Aneignungskonflikte in mischungsorientierten Stadtentwicklungsprozessen« haben neben mir Lena Wiese und an der Altonaer Fallstudie auch Louisa Bäckermann und Clara Will mitgearbeitet. Zwischen 2018 und 2020 haben wir in Altona-Altstadt unter anderem fokussierte ethnografische Interviews mit 101 Bewohner*innen sowie sieben weitere vertiefende narrativ-episodale Interviews geführt. Der vorliegende Beitrag basiert auf einer im Entstehen begriffenen Monografie sowie auf gemeinsamen Auswertungen und Diskussionen im Projektteam; vgl. etwa Rinn/Wehrheim/Wiese (2022).

für unbewohnbar erklärt worden. Eigentümerin war die SAGA, das kommunale Hamburger Wohnungsunternehmen, – und mit der handeln die beiden schließlich aus, die Wohnung beziehen zu dürfen und ein halbes Jahr »mietfrei« zu bekommen, dafür aber selbst für die Instandsetzung zu sorgen. Im noch heute gültigen Mietvertrag wird die Wohnung ohne Küche und Bad vermietet – Frau Sander* und ihr Partner bauen alles selbst ein, heizen erst mit Kohleöfen und schaffen sich später auf eigene Kosten eine neue Heizung an. Bis heute prägt eine Haltung des Selbermachens ihre Aneignung der Wohnung und des Hauses – mit anhaltenden Auseinandersetzungen um Instandsetzung, Modernisierung und Sanierung. Denn von Beginn an weiß sie um zwei existenzielle Gefahren: eine »Kernsanierung« durch die SAGA sowie ein Verkauf des Hauses. Beides, so betont sie, würde ihren Auszug bedeuten: Kein Investor ließe den Bau mit den vielen Substandardwohnungen in dieser Form stehen. Und auch wenn die SAGA das Haus durchsanieren würde, wären die ziemlich speziellen Wohnungsgrundrisse futsch – und damit gerade das, was sie und viele der anderen Hausbewohner*innen so sehr schätzten. Allerhöchstens die Fassade würde stehenbleiben, das habe sie in der Nachbarschaft vielfach mitbekommen. Und die Mieten wären hinterher für sie und die anderen Leute im Haus auch nicht mehr bezahlbar – zumal Frau Sander* über zahlreiche, teils ziemlich prekäre Jobs berichtet, in denen sie über die Jahre gearbeitet habe, und darüber, dass sie heute eben Grundsicherung im Alter bezieht. Bis heute ist die Aneignung einer ziemlich basalen Ressource für die eigene alltägliche Reproduktion – nämlich ihrer Wohnung – prekär geblieben. Wohnprekarität wird in ihrer Erzählung sichtbar als phasenweise äußerst schwierige Arbeit daran, die eigene Wohnung zu behalten, sie bewohnbar zu halten und inmitten einer gentrifizierenden Nachbarschaft zu einem Zuhause zu machen.

Um diese schwierige Arbeit der Leute am Wohnen-Bleiben in Altona-Altstadt und darum, wie diese Arbeit mit Verdrängung zu tun hat, soll es im vorliegenden Beitrag gehen. Entlang der Geschichten von Frau Sander* und Herrn Berger*, einem weiteren (ehemaligen) Stadtteilbewohner, möchte ich zugleich Gentrifizierungsprozesse aus einer Perspektive *from below* sichtbar machen – ausgehend also von den Schwierigkeiten, Kämpfen und Konflikten der Leute um die städtische Reproduktionsressource Wohnraum (in Anlehnung u.a. an Bareis/Cremer-Schäfer 2013, vgl. auch Rinn 2021). Wohnen ist aus dieser Perspektive auf vielfache Weise mit Arbeit verbunden, denn wie andere gesellschaftliche Ressourcen muss Wohnraum aktiv angeeignet werden: Es bedarf kontinuierlicher Anstrengungen, um eine Wohnung als Reproduktionsmittel nutzbar zu machen, also dafür, den eigenen Alltag in erweiterten (auch »familiären«) Sorgebeziehungen zu organisieren. »Wohnen heißt Arbeit« (Dörhöfer 2010: 36), und das bedeutet auch: Arbeit daran, überhaupt eine Wohnung zu finden und anzumieten,² den Mietvertrag möglichst nicht gekündigt zu bekommen und die Miete bezahlen zu können, die eigene Wohnung auch praktisch gebrauchen zu können, und mit ihren mitunter beschädigten materiellen Zuständen sowie einer auch von anderen Leuten angeeigneten städtischen Umwelt umzugehen. All diese auf das eigene Wohnen bezogenen Tätigkeiten können als

2 Ich konzentriere mich hier auf Mietwohnen; in Altona-Altstadt wohnten 2013 über 92 Prozent der Bewohner*innen zur Miete; vgl. GEWOS (2013: 56).

Reproduktionsarbeit begriffen werden.³ Und diese Arbeit erfolgt unter konkreten, lokalen Bedingungen – ebenso wie sie diese Bedingungen mit konstituiert und möglicherweise auch verändert.

Wenn die Wohnbedingungen wie in Altona-Altstadt durch langjährige Gentrifizierungsprozesse geprägt sind, bedeutet das zugleich, dass die Arbeiten am Wohnen für nicht wenige Leute auch Arbeiten gegen Verdrängung sind. Verdrängung kann, in ihren unterschiedlichen Varianten (Marcuse 1985), als Kernelement von Gentrifizierung begriffen werden; Gentrifizierung wiederum als ein umkämpfter Prozess, der kontinuierlich zwischen zahlreichen Akteur*innen interaktiv ausgehandelt wird (vgl. etwa Curran 2018). Gentrifizierungsprozesse setzen sich zusammen aus Interaktionssituationen, die sich zu Episoden und Phasen verdichten, die sich überlagern und in widersprüchliche Verhältnisse zueinander geraten, und in denen Mieter*innen, Nachbar*innen, Vermieter*innen, Mietrechtsanwält*innen, Stadtteilinitiativen, Mitarbeiter*innen unterschiedlicher kommunaler Verwaltungsabteilungen und zahlreiche weitere Akteur*innen auf unterschiedlichen Ebenen die konkreten Möglichkeiten der Aneignung städtischer Reproduktionsressourcen – und damit auch Ausschließung und Verdrängung – aushandeln (vgl. Rinn/Wehrheim/Wiese 2022 zu den theoretisch-methodologischen Grundlagen dieser Perspektive kritisch-interaktionistischer Stadtforschung). Diese Aushandlungen sind allerdings nicht notwendigerweise offen konfrontativ und konflikthaft – vielmehr bedarf es einiger Anstrengungen, sie zu Konflikten zu machen. Die Erzählungen von Frau Sander* und Herrn Berger* bilden im Folgenden spezifisch situierte Zugänge zur umstrittenen Geschichte und Gegenwart Altona-Altstadts und werfen Schlaglichter auf die schwierige Arbeit am Wohnen und die zahlreichen Facetten von drohender, abgewendeter oder auch schließlich erfolgter Verdrängung.

Kämpfe ums Bleiben-Können Ende der 1980er Jahre: Widerstand gegen die »Verkaufsliste der SAGA«

Frau Sanders* Geschichte lässt sich zunächst als Teil jener stadtpolitischen Konstellation begreifen, die die damalige Transformation der hafennahen, proletarisch und migrantisch geprägten Wohngebiete der »westlichen inneren Stadt« prägte. Nach den teils großflächigen Zerstörungen durch die alliierten Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg standen die Restrukturierungsplanungen der 1950er Jahre in Kontinuität mit dem NS-Städtebau und vor allem einer entsprechend autoritären Planungsrationaltät – so auch in Altona-Altstadt (siehe Schubert in diesem Band). Hier sollten die Reste der alten Arbeiter*innenwohngebiete am Hafenrand im Rahmen der »Neu-Altona«-

3 Wenn ich Arbeiten am Wohnen als Reproduktionsarbeit begreife, folge ich auch einem von feministischer Gesellschaftsforschung formulierten erweiterten Arbeitsbegriff, der alle Tätigkeiten umfasst, die benötigt werden, um »Leben« (im umfassenden Sinne) zu re-produzieren, und das heißt *unter anderem* auch, jene Bedingungen zur Re-Produktion der Arbeitskraft herzustellen, die in kapitalistischen Produktionsweisen systematisch untergraben werden (vgl. etwa Becker-Schmidt 2016; Federici 2012). Wohnen ist hier, wie in den vielen Konjunkturen der »Wohnungsfragen« artikuliert, ein ziemlich klassisches Beispiel.

Planungen tiefgreifend umstrukturiert werden, was allerdings nur teilweise realisiert wurde, etwa im Sanierungsgebiet St.-Pauli-Süd/Altona-Altstadt, in dem 1974 die Hexenbergsiedlung errichtet wurde. Die 1970er Jahre markierten zugleich einen erneuten Bruch im Stadtentwicklungsregime, denn die Flächensanierungen gerieten mitsamt der Idee der fordistischen Stadt massiv in die Krise (siehe Oßenbrügge in diesem Band). Insbesondere in jenen Stadtteilen, die zur Flächensanierung vorgesehen und deren Bestandsgebäude von Eigentümer*innen entsprechend heruntergewirtschaftet bzw. zum »Abwohnen« freigegeben worden waren, ergaben sich – überaus prekäre – Aneignungsmöglichkeiten für diejenigen, die mit problematischen Wohnbedingungen zu kämpfen hatten: etwa für migrantische Arbeiter*innen in Wohnunterkünften, aber auch für Leute, die kollektive Wohnformen jenseits der Kleinfamilie erproben oder, wie Frau Sander*, vor allem günstig und selbstbestimmt wohnen wollten. Durch städtische Bewegungen vorangetrieben konstituierte sich eine alternative Stadterneuerungsszene, die auch in Altona-Altstadt Fuß fasste und zu Sanierungsprojekten im Zeichen »behutsamer Stadterneuerung« beitrug, wodurch Teile des Altbaubestandes erhalten werden konnten (vgl. Rinn 2016).

Die Anfangsphase von Frau Sanders* Wohnbeziehung mit dem Haus und ihres Mietverhältnisses mit der SAGA ist in einer stadtpolitischen Konstellation verortet, in der ein bewohner*innenorientierter Erhalt des Altbaubestandes keineswegs gesichert war. Und auch wenn Frau Sander* sich von der arrivierteren »alternativen Szene« des Ottensens dieser Zeit abgrenzt, waren sie und ihr Bekanntenkreis hier doch durchaus angedockt. Sie beschreibt eine dichte Landschaft von Initiativen, Projekten und Hausbesetzungen in der Gegend, erzählt von einem breiten stadtteilbezogenen Netzwerk von Leuten, die Vorstellungen vom Leben in Altona-Altstadt teilten. Gleichzeitig beschreibt sie aber auch eine grundsätzliche Unsicherheit der Gesamtkonstellation, die insbesondere mit städtischen Akteuren wie eben der SAGA, aber auch den Sanierungsregimen von Bezirksamt und Baubehörde in Beziehung stand. Zu dieser Konstellation gehörte die Gefahr, dass die SAGA das Haus wieder verkaufen könnte, ein Szenario, das Frau Sander* mit einer drohenden Abrissanierung und Verdrängung der Leute aus dem Haus verknüpft. Und dabei handelte es sich nicht bloß um eine abstrakte Befürchtung: Denn, so erzählt sie, Ende der 1980er Jahre hätten »sie« herausbekommen, dass es »ne ganz lange Liste gab von geplanten Verkäufen der SAGA« – und dass auch ihr Haus auf dieser Liste stand:

»Irgendjemand aus unserer weit gestreuten Gruppe hatte rausgekriegt, dass hier auch in Altona-Altstadt sehr vieles zum Verkauf stünde. [...] der rief uns an, oder wir trafen uns, und sagte: ›Leute, ich weiß, dass diese Liste existiert, ich habe sie gesehen. Und unter anderem, jetzt setzt euch hin, ihr steht da auch mit drauf.‹ Und dann zog das immer weitere Kreise, weil immer mehr Leute das wussten, und dann wurde das auch öffentlich, und dann mussten die zurückrudern. Und wäre das nicht passiert, dann wäre das alles weg gewesen [...] weil, da hätte kein Mensch mehr so viel Kohle reingesteckt, dass das stehen geblieben wäre.«

Die Geschichte über die »Verkaufsliste der SAGA« ist eingebettet in den größeren Zusammenhang wohnungspolitischer Auseinandersetzungen Ende der 1980er Jahre, die

sowohl die SAGA als auch die Neue Heimat betrafen.⁴ Im Zuge der Abwicklung der Neuen Heimat hatte die Stadt Hamburg im März 1988 insgesamt 41.600 Wohnungen der »Neue Heimat Nord« für den symbolischen Preis von einer D-Mark erworben (HA 1988). Insbesondere die damals gemeinsam mit der SPD regierende FDP drängte auf Privatisierung. Gleichzeitig sahen die Koalitionsvereinbarungen auch den Verkauf von Wohnungen der SAGA vor, und es war die Rede von einer Liste mit 9000 potenziell zu privatisierenden Wohnungen, von denen etwa die Hälfte verkauft werden sollten. Aus dem Erlös sollte die in finanzielle Schieflage geratene SAGA saniert werden – dem Unternehmen wurde schon seit Längerem ein Instandhaltungsstau in dreistelliger Millionenhöhe und Misswirtschaft in vielerlei Hinsicht attestiert, insbesondere nach einem vom Senat in Auftrag gegebenen Gutachten der Beratungsfirma Roland Berger. Die FDP beharrte auf dem marktliberalen Credo, »der Staat« sei »der schlechteste aller Vermieter« (HA 1989c), drängte auf Einsparungen beim Verwaltungspersonal, auf softwaregestützte Modernisierung und auf eine Zerschlagung in (mal vier, mal sieben) Einzelgesellschaften. Die »Verkaufslisten« sowohl der Neue-Heimat-Bestände als auch der SAGA-Wohnungen kamen allerdings an die Öffentlichkeit (etwa durch das Hamburger Abendblatt, vgl. HA 1989b), und in diesem Zuge formierte sich 1989 ein stadtweiter Mieter*innenprotest. Es gründete sich der Dachverband Hamburger Mieterinitiativen, der auch mit dem alternativen Mieterverein »Mieter helfen Mietern« zusammenarbeitete (berichtet wurde von einer großen Veranstaltung mit 700 Teilnehmer*innen im Besenbinderhof, vgl. HA 1989a). Stark in der Kritik standen auch Eugen Wagner als Bausenator und zeitweise einige FDP-Politiker, die selbst als Immobilienunternehmer tätig waren und denen zugeschrieben wurde, sich im Zuge der Wohnungsprivatisierungen bereichern zu wollen. Forderungen nach der Gründung neuer Mieter*innengenossenschaften wurden laut, die die zum Verkauf stehenden Bestände übernehmen sollten (was damals sogar von der FDP unterstützt wurde).⁵ Gleichzeitig sorgte der Verkauf eines SAGA-Arbeiterwohnheims in Hamburg-Hamm an einen Duisburger Immobilienspekulanten und dessen anschließende Kündigung aller (alleinstehenden, männlichen) Mieter für deutliche Kritik und Proteste (vgl. etwa HA 1990). Dieser Vorgang avancierte zum öffentlichen »Skandal« und setzte die Privatisierungsabsichten des Senats noch stärkerer Kritik aus. Schließlich wurden die Verkäufe weitgehend abgeblasen und die Neue-Heimat-Bestände von der eigens gegründeten stadteigenen Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (GWG) übernommen.

Frau Sander* erzählt die Geschichte des Widerstands der Mieter*innen gegen die Verkaufsliste zunächst als Schlüsselmoment ihrer eigenen Arbeit am Bleiben-Können. Ihr eigener Kampf gegen den Hausverkauf wird Teil der mieten- und wohnungspolitischen Mobilisierungen auf gesamtstädtischer Ebene und prägt insofern die

4 Mir ist keine Arbeit bekannt, die die Auseinandersetzungen um diese »Verkaufslisten« genauer untersucht. Ich greife deshalb auf die zeitgenössische Berichterstattung des Hamburger Abendblattes (HA) zurück. Die Neue Heimat war bis zu ihrer Abwicklung das größte gemeinnützige Wohnungsunternehmen Deutschlands (siehe Schubert in diesem Band).

5 Neu gegründete Mieter*innengenossenschaften übernahmen Anfang der 1990er Jahre Bestände etwa der »Gartenstadt« in Farmsen, der Falkenried-Terrassen und der Fritz-Schumacher-Siedlung in Langenhorn (vgl. auch Schubert 1992).

Bedingungen des städtischen Wohnens in Hamburg mit: Denn auf den »Verkaufslisten« der SAGA und der Neuen Heimat standen zahlreiche Bestände in den innenstadtnahen Altbauquartieren. Dass die SAGA heute noch so viele Wohnungen in Altona-Altstadt hat – zusammen mit den Genossenschaften Anfang der 2010er Jahre etwa 45 Prozent des Wohnungsbestandes im Stadtteil (GEWOS 2013: 33) –, ist also *auch* einer der (allerdings kaum thematisierten) größten Mieter*innenmobilisierungen in Hamburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verdanken. Dass die SAGA letztlich gar gestärkt aus der Neue-Heimat-Krise hervorgehen sollte und deutlich später mit der GWG auch die Neue-Heimat-Bestände eingliedern würde, war damals in keiner Weise ausgemacht. Für Frau Sander* hat sich ihr jahrelanger Kampf – gegen den Verkauf, aber auch gegen eine umfassende Sanierung des Hauses – ausgezahlt: auch wenn sie dafür weitgehend »alles selber machen« musste in ihrer Wohnung: Sie zahle, wie sie selbst bekundet, eine »lächerliche Miete«, und das sichere eben, dass sie auch nach dem Auszug ihrer Kinder und trotz Grundsicherungsbezug die Wohnung langfristig behalten könne. Denn das Amt wisse genau, dass sie für denselben Betrag heute »nicht mal 'n WG-Zimmer kriegen« würde. Und so wird Frau Sanders* Arbeit-am-Wohnen Teil des Widerstands gegen Privatisierungen von Wohnraum und des kurz- wie auch langfristigen Kampfes gegen Verdrängung: Dass Altona-Altstadt noch heute *auch* ein Wohnort für Leute ist, deren Präsenz es Bezirk und Senat möglich macht, den Stadtteil als Sanierungs- und Soziale-Stadt-Gebiet zu deklarieren, hat Voraussetzungen in der hier knapp angerissenen konflikthaften Aneignungsgeschichte des Stadtteils.

Arbeit am Wohnen in Altona-Altstadt heute – und die umstrittene Frage der Verdrängung

Die Frage, ob in Altona-Altstadt von Gentrifizierung gesprochen werden kann, ist in der Gegenwart durchaus umstritten: Für politisch-administrative Akteur*innen scheint es (nicht nur) in Hamburg noch immer schwierig, explizit auszusprechen, dass Leute aus ihren Wohnungen und Wohngebieten verdrängt werden. Denn es geht hier ja schließlich um stadtgesehliche Ausschlüsse – und solche Ausschlüsse von der basalen Reproduktionsressource Wohnraum sind normativ aufgeladen: Sie müssen politisch legitimiert werden. Zentrale Umgangsstrategien von Stadtpolitiker*innen bestehen entweder darin, das Phänomen schlicht zu leugnen – vielfach ist dann die Rede von »gefühlter Verdrängung« –, oder aber statt von Verdrängung von einer »Stabilisierung der Sozialstruktur« oder einer »Verbesserung der sozialen Mischung« zu sprechen.⁶ In dieser Argumentationslinie werden seit Langem Aufwertungspolitiken in sogenannten Problemquartieren begründet. So auch in Altona-Altstadt, einem Stadtteil, der seit 2008 und noch bis in

6 Bei Letzterem handelt es sich um eine bevölkerungspolitische Strategie, die »allen« zugutekommen soll, bei der es aber de facto um Verdrängung insbesondere armer und migrantisierter Leute geht (vgl. Rinn 2018). Auch die »Benachteiligten« selbst sollen davon profitieren, in einem normalisierten, mittelschichtdominierten Quartier zu wohnen – mit dem kleinen »Schönheitsfehler«, dass dafür nicht wenige der »Benachteiligten« wegziehen müssen (siehe Chamberlain in diesem Band).

die nächsten Jahre hinein Fördergebiet des nunmehr unter »Sozialer Zusammenhalt« firmierenden Soziale-Stadt-Programms ist, und der gleichzeitig seit Jahren im stadtweiten Vergleich der Angebotsmietsteigerungen (und auch allgemeinen Miethöhen) Spitzenplätze einnimmt.⁷ Im Bezirksamt Altona scheint »Gentrification« jedenfalls bis heute ein »dirty word« (Smith 1996) zu sein. Gentrifizierung, so eine leitende Mitarbeiterin der Altonaer Stadt- und Landschaftsplanung in einem 2018 geführten Interview, gebe es höchstens im Schanzenviertel, keinesfalls aber in Altona-Altstadt. Gleichzeitig wurden jedoch große Teile des Stadtteils schon vor Längerem zum »Sozialen Erhaltungsgebiet« erklärt, dessen Voraussetzung gerade drohende Verdrängung ist (Vogelpohl 2017). Es gibt hier eine Erzählung über die schützenswerte »Altonaer Mischung« und gleichzeitig setzt sich aufwertungsorientierte Stadtpolitik fort. Das zeigt, dass »soziale« Stadtpolitik hier als *kontinuierliche* mischungsorientierte Regulierung kleinräumiger Bevölkerungsentwicklungen begriffen wird (vgl. auch Rinn/Wehrheim 2018).

Im Gegensatz zur zitierten Bezirksamtsmitarbeiterin sind einige Bewohner*innen des Stadtteils ziemlich überzeugt davon, dass in Altona-Altstadt Verdrängung und Gentrifizierung stattfinden. Zumindest ist das einer der Befunde unseres Forschungsprojekts, in dem wir Gespräche über »Schwierigkeiten« mit dem Wohnen und Leben im Stadtteil mit etwas mehr als 100 Bewohner*innen mit unterschiedlichen sozialen Positionierungen geführt haben.⁸ Mit Blick auf diese Gespräche lässt sich zunächst ganz allgemein festhalten: Es ist voraussetzungs- und arbeitsaufwendig, unter Bedingungen eines (sozial-)staatlich regulierten kapitalistischen »Wohnungsmarktes« zur Miete zu wohnen.

Wie in der Geschichte von Frau Sander* schon sichtbar geworden, sind hier vier verschiedene Arbeitsbereiche zentral: *Erstens* geht es darum, überhaupt eine Wohnung im Stadtteil zu finden und (unter möglichst annehmbaren Bedingungen) anmieten zu können; *zweitens* darum, diese Wohnung dann auch zu behalten, was insbesondere an Mietzahlungen gekoppelt ist, aber etwa auch daran, wie in Frau Sanders* Fall, die Miete möglichst niedrig zu halten; *drittens* darum, die eigene Wohnung in ihrer spezifischen, sich verändernden und dabei auch beschädigten Materialität brauchbar und bewohnbar zu halten – Frau Sanders* Hauptarbeit über die Jahre, musste sie doch mit verrotteten Fenstern, feuchten Wänden und einer dysfunktionalen Heizung umgehen – und *viertens* darum, die eigene Wohnung in ihrer spezifischen Verortung in von anderen Leuten angeeig-

7 Um nur einige Zahlen zu nennen: Von 2019 auf 2020 stiegen Angebotsmieten in Altona-Altstadt von 14,52 €/m² auf 16,92 €/m² – die stadtweit größte Steigerungsrate bei einem gesamtstädtischen Durchschnitt von 13,34 €/m² im Jahr 2020 (vgl. Rinn 2021: 302). Doch auch in Altona-Altstadt findet das Hamburger Sozialmonitoring (etwa 2019) noch Teilräume mit »sehr niedrigem sozialem Status«, die es ermöglichen, die Problemquartier-Karte zu spielen und Bundesmittel für ein »familienfreundliches Quartier« (steg 2013) zu akquirieren. Zugleich wird so eine teils hochpreisige Nachverdichtung legitimiert: etwa in der Breite Straße, wo anstelle zweier Gründerzeithäuser ein Neubau entstanden ist, dessen Erdgeschoss eine Garage mit (mitunter angebrochener und farbverzierter) Glasfront schmückt, hinter der teure Autos zu bewundern sind (vgl. Schipkowski 2016 zum Gerichtsprozess um die teils militanten Proteste gegen den Abriss).

8 Wir zielten dabei auf größtmögliche Heterogenität von Erfahrungen bzw. »schwierigen Situationen« u. a. städtischen Wohnens, die wir über Erzählungen möglichst unterschiedlich positionierter Leute (in »intersektionaler« Hinsicht, aber auch bezüglich Wohndauer und -form) erhoben haben.

neten nachbarlichen Umwelten anzueignen, kurz: um das Wohnen-in-Nachbarschaft. An der Aneignung und Nutzbarmachung einer eigenen Wohnung auch noch unter Bedingungen von Wohnungsknappheit und Mietsteigerungen wie in Altona-Altstadt arbeiten zu müssen, ist schließlich eine weitere Verschärfung der schwierigen Arbeiten am Wohnen. Denn alle diese Arbeiten sind auf Verdrängung in ihren unterschiedlichen Dimensionen (hier in Anschluss an Marcuse 1985 und Davidson 2008) bezogen: Die Arbeit daran, eine Wohnung in Altona-Altstadt zu finden, verweist auf *ausschließende Verdrängung* – also auf eine sozial selektive Schließung des Wohnungsmarktes, wenn nach dem Auszug einer Mietpartei ein sozialstrukturell ähnlich positionierter Haushalt sich die gestiegene Angebotsmiete für diese Wohnung nicht mehr leisten kann. Die Arbeiten daran, eine Wohnung zu behalten und auch bewohnbar zu halten, verweisen insbesondere auf *direkte (physische oder ökonomische) Verdrängung* – wenn Leute ihre Miete aufgrund von Mieterhöhungen nicht mehr zahlen können, wenn sie von Eigenbedarfskündigungen betroffen sind oder wenn die Wohnung in einen unbewohnbaren materiellen Zustand geraten ist oder gar abgerissen wird. Und die Arbeit daran, die eigene Wohnung im nachbarschaftlichen Umfeld zu einem Zuhause zu machen, verweist auf die Bedeutung von *Verdrängungsdruck*, den Leute erfahren, während sie noch in ihrer Wohnung inmitten eines im Gentrifizierungsprozess begriffenen Gebietes wohnen.⁹

Da es im Rahmen dieses Beitrags kaum möglich ist, auf alle vier Bereiche der Arbeiten an der Reproduktionsressource Wohnraum gleichermaßen einzugehen, und weil ich an anderer Stelle schon auf die Arbeit daran, die Wohnung zu behalten, und auf die verschiedenen Bearbeitungsweisen von selbst erfahrenen Mieterhöhungen eingegangen bin (Rinn 2021; Rinn/Wehrheim/Wiese 2022), möchte ich mich im folgenden Abschnitt auf den ersten, gewissermaßen basalen Aushandlungskomplex konzentrieren: die schwierige Arbeit der Wohnungssuche in Altona-Altstadt.

Die schwierige Arbeit, eine Wohnung zu finden – unter Bedingungen ausschließender Verdrängung

Aus den von uns erhobenen Erzählungen über Schwierigkeiten, in Altona-Altstadt eine Wohnung zu finden, spricht eine nicht überraschende, aber doch zentrale Erfahrung: Leute finden keinen Aushandlungspartner, gegenüber dem sie ihren Anspruch auf eine Wohnung im Stadtteil überhaupt artikulieren, geschweige denn durchsetzen könnten: Als Marktteilnehmer*in lässt sich kein Anrecht auf eine Wohnung einfordern, mit dem Wohnungsmarkt lassen sich keine Konflikte austragen. Und das prägt Erfahrungen des eigenen Scheiterns, auch und gerade an den »Rätseln« des Altonaer Wohnungsmarktes. Es fallen Beschreibungen auf, die eine Informalisierung des Wohnungsmarktes thematisieren: Auf »normalem Wege« finde man überhaupt keine Wohnung mehr, alles laufe über »Beziehungen«, es sei eine »Tauschgesellschaft« und ein »Schwarzmarkt« für Wohnungen entstanden. Viele Leute führen kontinuierlich erfahrene Misserfolge dann eben

9 Selbstverständlich wurden in der weitverzweigten Gentrifizierungsforschung zahlreiche weitere Unterscheidungen eingeführt; vgl. etwa Elliott-Cooper/Hubbard/Lees 2020; Beran/Nuissl 2019: 18ff., 68ff.

auch darauf zurück, dass ihnen selbst offenbar das Insiderwissen um die richtige Strategie fehle, deren Erfolge sie bei anderen durchaus beobachteten. Und sie berichten, kaum verwunderlich, auch in Altona-Altstadt darüber, dass es insbesondere ein »deutscher« Nachname und weiß-deutsche Erscheinung seien, und also der Umstand, nicht mit rassistischen Ausschlüssen kämpfen zu müssen, die Leuten entscheidende Vorteile bringen.

Und so berichten zahlreiche Interviewpartner*innen über jahrelange, teils noch andauernde erfolglose Suchen nach einer passenderen oder überhaupt nur irgendeiner Wohnung, währenddessen sie unaushaltbare Wohnbedingungen ertragen – zu viert oder fünft in einer Zwei-Zimmer-Wohnung, in einem völlig maroden Wohnhaus, oder aber mit Nachbar*innen, die Leuten das Leben »zur Hölle« machen. Schauen wir uns dagegen die erzählten »Erfolgsgeschichten« an, dann lassen sich hier drei Bedingungen identifizieren: »Zufall« und »Glück«, »gute Beziehungen« und das Wissen darum, wie Institutionen (insbesondere die SAGA) funktionieren. Dabei stehen Zufälle und gute Beziehungen allerdings in einem engen Verhältnis zueinander: Insbesondere langjährig aufgebaute und möglichst breit gestreute Netzwerke können dann hilfreich sein, wenn darüber vorteilhafte Informationen zugänglich werden. Zuerst – am besten noch vor dem Vermieter selbst – von einer frei werdenden Wohnung zu erfahren, scheint *der* entscheidende Vorteil zu sein, den Leute sich zunutze machen können, die eben nicht die ökonomischen Mittel vorweisen und anerkannte Positionierungen zugeschrieben bekommen können, die notwendig sind, um »auf normalem Wege« erfolgreich zu sein. Auch persönliche Beziehungen zu direkten Gatekeepern spielen hier eine Rolle: So wurde uns etwa mehrfach über einen »Chef der SAGA« erzählt, den die Großtante, der Bruder oder die Nachbarin zufällig kennen würde und über den man endlich eine Wohnung bekommen habe.

Wenn nun Leute in Phasen schwieriger Wohnungssuche gar nicht erst in Aushandlungen um eine Wohnung treten können, bedeutet das zugleich auch, nicht in einen Konflikt eintreten zu können, in dem sie sich potenziell, so asymmetrisch die Machtbeziehungen auch sind, durchsetzen *könnten*. Allerdings finden wir in unserem gesammelten Forschungsmaterial auch Strategien, mit dieser Erfahrung umzugehen. Leute suchen dann nach Partnern, gegenüber denen sie einen Anspruch auf eine Wohnung artikulieren können. Dabei spielen insbesondere die »Geschäftsstelle der SAGA« oder diverse bekannte »Sachbearbeiter« eine Rolle, aber auch der lokale Sozialstaat. So etwa in der Erzählung von Herrn Berger*, einem Mann Mitte Dreißig, der über eine Wohnungssuche nach der Trennung von seiner Partnerin berichtet. Zwar wohnten sie gemeinsam in einer Genossenschaftswohnung, doch nur seine Expartnerin sei Mitglied. Er kann also nicht auf *den* zentralen Vorteil zurückgreifen, den Leute in den Interviews immer wieder betont haben, und muss unter den gewöhnlichen schwierigen Bedingungen Altona-Altstadts am Bleibenkönnen arbeiten. In einem unserer ethnografisch dokumentierten Interviews erzählt er:

»Ich habe 1,5 Jahre nach einer Wohnung hier gesucht, aber ich habe nichts gefunden. Ich habe alles Mögliche ausprobiert, privat, Internet, [...] Freunde gefragt, alle Genossenschaften angeschrieben, Wohnungsanzeigen gewälzt, aber ich kann das vergessen. Hier zahlt man für zwei Zimmer 800 €, wer soll sich das denn leisten können? Mein Pro-

blem ist, ich habe einen Schufa-Eintrag, das ist das Problem. Und dann kriegst du bei den Genossenschaften nichts und die privat vermieteten, die kann sich niemand leisten. [...] Ich habe mich sogar obdachlos gemeldet, damit ich so einen Dringlichkeitschein erhalte, aber mein Verdienst war zu hoch. Aber ich habe eine Dringlichkeit, habe ich denen gesagt, ich zahle Unterhalt, meine Tochter wohnt hier und ich will meiner Tochter auch mal Obdach bieten oder ihr überhaupt etwas bieten, und wenn es dann eine Zwei-Zimmer-Wohnung ist. [...] Die haben mir gesagt, auf 1000 Wohnungen können nur zwei mit meiner Lage dann 'ne Wohnung bekommen.«

Zunächst unternimmt Herr Berger* also das, was auch andere Gesprächspartner*innen machen, um eine neue Wohnung zu finden – und das ist neben Lohn- und Sorgearbeit und noch dazu in einer Phase, in der bisherige Reproduktionsarrangements gescheitert sind, ziemlich zeitaufwendig und arbeitsintensiv. Als sich diese gängigen Vorgehensweisen als unerfolgreich erweisen, wählt er schließlich eine Strategie, mit der es ihm gelingt, zumindest ein Gegenüber mit einem konkreten Anspruch auf eine Wohnung zu konfrontieren: nämlich das bezirkliche »Wohnungsamt«, bei dem er sich obdachlos meldet und Unterstützung einfordert. Es spricht deutlich aus dem Interviewprotokoll, dass diese Strategie – sich selbst als »bedürftig« anerkennen zu lassen – ihm ziemlich viel abverlangt. Seine weitere Erzählung darüber, dass auch dieses Vorgehen gescheitert ist und er nun in einem für ihn vollkommen unzureichenden Zustand der Notlösung verharren muss – in einer WG außerhalb des Stadtteils, womit er seinem eigenen Verständnis nach seiner Tochter »nichts bieten« kann –, macht einmal mehr die beschädigenden Effekte der Erfahrung der Machtlosigkeit bei der Wohnungssuche auf einem hochgradig kompetitiven »Vermietermarkt« unter sozialstaatlich-kapitalistischen Bedingungen der Wohnraumversorgung sichtbar. In dieser Erzählung wechseln sich Empörung und Verzweiflung darüber ab, dass es ihm als »Normalbürger« einfach nicht möglich ist, eine Wohnung in Altona zu finden.

Einem Begriff von Verdrängung zufolge, der Schließungen auf dem lokalen Wohnungsmarkt für bestimmte Einkommensgruppen oder Personenkategorien (hier Leute mit Schufa-Eintrag) einbezieht, lässt sich hier recht eindeutig von ausschließender Verdrängung sprechen. Herr Berger* ist, so könnte man sagen, in eine recht typische Versorgungslücke gerutscht: Die Wohnungsamtsmitarbeiter*innen wollen seine Bedürftigkeit nicht anerkennen, weil sein Erwerbseinkommen ihn nicht zu einer Sozialwohnung berechtigt – aber die nachfolgend günstigeren Wohnungen auf dem Markt bleiben ihm aufgrund der Schufa- (und der Genossenschafts-) Problematik versperrt. Es gibt also ein ganzes Bündel von Ursachen für seine Misere. Schließlich rahmt er seine Erzählung noch mit einer Kritik an der falschen Priorisierung der Wohnraumversorgungspolitik und überhaupt der Sozialpolitik »des Staates« bzw. der Stadt Hamburg, die dazu führten, dass »jemand wie er« in Altona-Altstadt keine Wohnung mehr finde: Es würden zwar sehr viele neue Wohnungen in Altona gebaut, doch diese seien entweder für Besserverdienende – »zum Beispiel da vorne, da wurde ja jetzt auch neu gebaut, da kosten zwei Zimmer 1000 € oder mehr, das kann sich ja auch kein Normalbürger leisten« – oder aber, wenn er recht informiert sei, für »die Flüchtlinge« bzw. »die Asylanten«.

Hier wird eine moralische Ökonomie sichtbar, die nicht Wohnen für alle, sondern spezifische Vorrechte bzw. Privilegierungen beinhaltet und dabei eine Verknüpfung von

Lohnarbeit und dem Anrecht auf Ressourcen zur Sicherung der eigenen Existenz artikuliert. Diese moralische Ökonomie der Wohnraumversorgung ist auf den nationalen Sozialstaat bezogen, und die darin eingelagerte Reziprozitätsbeziehung ist aus Sicht von Herrn Berger* beschädigt worden – nicht zuletzt von den Mitarbeiter*innen des Wohnungsamts, gegenüber denen er sein Anrecht einfordert, die dann seine Bedürftigkeit aber nicht anerkennen. Herr Berger* deutet seine Erfahrung also (auch) über rassistische und nationalistische Ausschlussdiskurse. Nun finden sich in unseren Gesprächen auch dezidiert entgegengesetzte Positionen, die ein Anrecht auf Wohnen für alle artikulieren, ohne Bezüge auf nationale Zugehörigkeiten oder durch Lohnarbeit erworbene Ansprüche. Aber dennoch fallen zahlreiche »Privilegierungsbegründungen« auf – also Argumentationslinien, mit denen (ganz unterschiedliche) Leute rechtfertigen, warum einem selbst eine Wohnung in Altona-Altstadt *eher* zustehen würde als anderen, und zwar gerade angesichts von Konkurrenzen um knappen Wohnraum im Stadtteil.¹⁰

Arbeiten gegen Verdrängung als Teil einer umkämpften Geschichte und Gegenwart städtischer Wohnbedingungen

Die Erfahrungen von Frau Sander* und Herrn Berger* unterscheiden sich deutlich: in den bedrohlichen Ereignissen und Schwierigkeiten, mit denen sie umgehen müssen, aber auch in den Bearbeitungsstrategien – und nicht zuletzt gerade darin, wie ihre (hier nur knapp skizzierten) Geschichten ausgegangen sind. Während Herr Berger* aus Altona-Altstadt wegziehen musste, gelingt es Frau Sander* bis heute, zu bleiben. Gleichzeitig teilen sie eine zentrale Erfahrung: Arbeit am Wohnen bedeutet für sie wie für die allermeisten Leute in Altona-Altstadt, sich eine Wohnung unter der Voraussetzung aneignen zu müssen, dass sie selbst keine besitzen und ihre eigene Wohnung anderen gehört: »Eigentümer*innen«, die sie zum Zweck der Renten- und Renditeerzielung bewirtschaften, dabei mitunter auch nicht sonderlich pfleglich behandeln und ihre materielle Beschaffenheit zumeist *nicht* an der Brauchbarkeit für ihre Nutzer*innen messen – und die angesichts hoher Angebotsmieten und verschwindend geringer Leerstandsquoten um ihre »Marktmacht« wissen. Leute in Altona-Altstadt teilen zugleich die Erfahrung, dass sich Aneignungsbedingungen von Wohnraum im Stadtteil kontinuierlich verändert und verschlechtert haben. Und diese Veränderungen wirken sich nun auch darauf aus, wie Leute mit schwierigen Situationen der Aneignung von Wohnraum umgehen. In Altona-Altstadt halten Angriffe auf die Bedingungen des Zur-Miete-Wohnens schon seit mehreren Jahrzehnten an – sei es durch den kontinuierlichen Verlust von öffentlich gefördertem Wohnraum, sei es durch allgemein steigende Mietniveaus, sei es durch neue, finanzialisierte Immobilienmarktakteure, die nach dem Verkauf des Wohnhauses plötzlich als Vermieter auftreten. So werden einst vielleicht als skandalös begriffene Zumutungen im Mietverhältnis und kontinuierliche Verschlechterungen von Wohnbedingungen gewöhnlich und »heutzutage normal«. Sie reihen sich ein in jenen Komplex alltäglicher

10 Das »Alteingesessenenvorrecht« ist eine solche typische Begründung, aber auch ein besonderer persönlicher Unterstützungsbedarf.

Schwierigkeiten der eigenen und erweiterten Reproduktion, mit denen Leute unter historisch-spezifischen Bedingungen umgehen müssen. Leute suchen dann Wege, um diese »normalen« Schwierigkeiten zu bearbeiten und Alltage zu etablieren, in denen erweiterte Reproduktion möglich wird. Und genau hier setzt eine Perspektive *from below* an (vgl. Bareis/Cremer-Schäfer 2013).

Verdrängung in ihren unterschiedlichen Formen lässt sich aus dieser Perspektive als Erfahrung begreifen, die Leute machen, während sie an der Aneignung der Reproduktionsressource Wohnraum arbeiten. Arbeit gegen Verdrängung lässt sich dann als schwierige Arbeit daran verstehen, eine Wohnung zu finden (Komplex ausschließende Verdrängung), diese Wohnung zu behalten und bewohnbar zu halten (Komplex direkte ökonomische und physische Verdrängung) und sie in ihrer spezifischen nachbarlichen Umwelt als brauchbare Ressource aneignen und möglicherweise gar zu einem Zuhause machen zu können (Komplex Verdrängungsdruck). Nun ist es aber nicht so, dass Bearbeitungsweisen von Schwierigkeiten bei der Aneignung von Wohnraum regelhaft wie bei Frau Sander* und Herrn Berger* auf einen *Konflikt* hinauslaufen – das wird an den vielen weiteren Erfahrungen von Leuten aus Altona-Altstadt sichtbar, die wir in unserem Forschungsprojekt dokumentieren konnten. Konflikte um Verdrängung – verstanden als wechselseitig konfrontative Aushandlung zwischen den beteiligten Akteur*innen in Situationen, in denen das *Hier-Wohnen-Können* auf dem Spiel steht – erweisen sich vielmehr als äußerst voraussetzungsvoll (Rinn/Wehrheim/Wiese 2022). Und sie stehen in einem Zusammenhang mit den vielen anderen Schwierigkeitsbereichen, die Leute bearbeiten müssen, um ihre Alltage einigermaßen auf die Reihe zu bekommen, vielleicht sogar zu überschreiten und zu verändern: mit »multipler Prekarität« (Birke 2022) und Krisen der Reproduktion (Dück/Hajek 2019) in ihren vergeschlechtlichten und rassifizierten Dimensionen. Die Arbeit der Leute am Wohnen ist im Zentrum krisenhafter und umkämpfter Reproduktionsverhältnisse verortet. Gentrifizierung und damit auch Verdrängung sind Prozesse, in denen die Aneignungsmöglichkeiten einer zentralen urbanen Ressource sozialer Reproduktion sozial selektiv verändert werden. Und Leute sind aktiv an diesen Prozessen beteiligt – ob sie dabei in Konflikte um Verdrängung geraten oder nicht.

Mit der hier eingenommenen Perspektive von unten ist also zugleich eine spezifische Konzeption von (Stadt-)Gesellschaft und deren Transformationen verbunden: Arbeit am Wohnen bringt städtische Vergesellschaftung aktiv mit hervor. Die relationalen und situierten Praktiken all jener Akteur*innen, die in schwierigen Situationen der Aneignung von Wohnraum mit- und gegeneinander handeln, *realisieren* Wohnbedingungen und Verdrängungsprozesse. Die jeweiligen situativen Kräfteverhältnisse sind zugleich eingebettet in über-situative Erfahrungen, Wissens- und Handlungsrepertoires aller Beteiligten, die in einer historischen und sich transformierenden Konstellation produktiv gemacht werden. Arbeiten gegen Verdrängung sind dabei allerdings multiskalar: Sie können Teil einer Beziehung etwa zum Vermieter oder auch zu Vertreter*innen des lokalen Sozialstaats sein, erfolgen aber auch auf anderen Aushandlungsebenen – das macht das Beispiel der Auseinandersetzung um die »Verkaufsliste der SAGA« ebenso deutlich wie die zahlreichen Mobilisierungen städtischer Bewegungen, die die Rahmenbedingungen des (Miet-)Wohnens adressieren. Rechtliche und administrative Re-Regulierungen, die auf Wohnungswirtschaft, Bodenpolitik und das Mieter*innen-Vermie-

ter*innen-Verhältnis bezogen sind, aber auch durch städtische Bewegungen organisierte Infrastrukturen kollektiver Beratung und Unterstützung können Situationen verändern, in denen Aneignungsmöglichkeiten von Wohnraum ausgehandelt werden – beispielsweise in dem sie veränderte Kräfteverhältnisse in Mieterhöhungssituationen begünstigen. Ob Leute schließlich Verdrängung erfahren, ist nie einfach aus »strukturellen Machtpositionen« oder »der Rechtslage« abzuleiten, sondern hängt von den je interaktiv realisierten Machtbeziehungen zwischen allen Beteiligten ab.

Verdrängung lässt sich also weniger als hereinbrechendes Ereignis begreifen, dem »Betroffene« passiv ausgesetzt sind, sondern als umkämpfter Prozess. Und dieser Prozess ist durch die multiplen Arbeiten der Leute am Wohnen und Bleiben mitkonstituiert. Diese Arbeiten sind Teil einer Konfliktgeschichte – wenn auch längst nicht alle schwierigen Situationen, in die Leute geraten, zu Aneignungskonflikten werden. Eine Perspektive *from below* setzt an den Aushandlungen und Konflikten städtischer Alltage an: an den Kämpfen der Leute um Ressourcen der Reproduktion – hier eben: um die Ressource Wohnraum. Denn auch diese Kämpfe konstituieren Gesellschaft. Leute »machen ihre eigene Geschichte« zwar nicht »aus freien Stücken«, sondern unter »unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen« (Marx 2007 [1852]: 9) – aber immerhin: Sie *machen* sie. Die zahlreichen (alltäglichen, banalen, widerspruchsvollen, uneindeutigen, mal heroischen, mal ziemlich traurigen) Geschichten von Frau Sander*, Herrn Berger* und den vielen weiteren Leuten, mit denen wir in Altona-Altstadt über die schwierige Aneignung städtischer Ressourcen gesprochen haben, gewinnen ihre Bedeutung also nicht so sehr als Betroffenenberichte oder ungehörte Stimmen der (potenziell) Verdrängten. Es handelt sich nicht schlicht um »subjektive Erfahrungen«, die »objektiven Prozessen« gegenübergestellt wären. Es handelt sich vielmehr um Dokumente, die ungleiche und prekäre städtische Reproduktionsverhältnisse aus spezifisch situierten Perspektiven sichtbar machen. Beschäftigen wir uns eingehender mit ihnen, kann dies vielleicht dazu beitragen, genauer zu verstehen, wie Verdrängung – und übrigens auch die Verwertung von Immobilienkapital – praktisch möglich oder auch verhindert wird.

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 389360901

Literatur

- Bareis, Ellen/Cremer-Schäfer, Helga (2013): Empirische Alltagsforschung als Kritik. Grundlagen der Forschungsperspektive der »Wohlfahrtsproduktion von unten«. In: Gunther Graßhoff (Hg.), Adressaten, Nutzer, Agency. Akteursbezogene Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: Springer VS, 139–159.
- Becker-Schmidt, Regina (2016): Pendelbewegungen – Annäherungen an eine feministische Gesellschafts- und Subjekttheorie. Aufsätze aus den Jahren 1991 bis 2015. Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich.
- Beran, Fabian/Nuissl, Henning (2019): Verdrängung auf angespannten Wohnungsmärkten. Das Beispiel Berlin. Ludwigsburg: Wüstenrot Stiftung.
- Birke, Peter (2022): Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland. Wien/Berlin: Mandelbaum Verlag.

- Curran, Winifred (2018): »Mexicans Love Red« and Other Gentrification Myths: Displacements and Contestations in the Gentrification of Pilsen, Chicago, USA. *Urban Studies* 55/8, 1711–1728.
- Davidson, Mark (2008): Spoiled Mixture. Where Does State-led »Positive« Gentrification End? *Urban Studies* 45/12, 2385–2405.
- Dörhöfer, Kerstin (2010): Ein Dach über dem Kopf? Oder »Was ist das Wohnen?«. In: Darja Reuschke/Beate Kortendiek (Hg.), *Wohnen und Gender. Theoretische, politische, soziale und räumliche Aspekte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 27–46.
- Dück, Julia/Hajek, Katharina (2019): Editorial: Krisen der Reproduktion. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 49/197, 500–514.
- Elliott-Cooper, Adam/Hubbard, Phil/Lees, Loretta (2020): Moving beyond Marcuse: Gentrification, Displacement and the Violence of Un-Homing. *Progress in Human Geography* 44/3, 492–509.
- Federici, Silvia (2012): *Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution*. Münster: edition assemblage.
- GEWOS (2013): *Altona-Altstadt – Vorbereitung einer Sozialen Erhaltungsverordnung. Endbericht*. Hamburg.
- HA – Hamburger Abendblatt (1988): *Neue Heimat: Hamburg kauft 41.600 Wohnungen*, 18.3.1988.
- HA – Hamburger Abendblatt (1989a): »Ich schäme mich, in der SPD zu sein!«, 9.8.1989.
- HA – Hamburger Abendblatt (1989b): *Neue Heimat: Sie stehen zum Verkauf*, 10.8.1989.
- HA – Hamburger Abendblatt (1989c): »Der Staat ist ein schlechter Vermieter«, 18.9.1989.
- HA – Hamburger Abendblatt (1990): »Skandal um die Culinstraße – Wuchermieten?«, 15.3.1990.
- Marcuse, Peter (1985): Gentrification, Abandonment, and Displacement. Connections, Causes, and Policy Responses in New York City. *Journal of Urban and Contemporary Law* 28, 195–240.
- Marx, Karl (2007 [1852]): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rinn, Moritz (2016): *Konflikte um die Stadt für alle. Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rinn, Moritz (2018): Ein Urbanismus der Ungleichheit. »Neue soziale Stadtpolitik« in Hamburg als Strategie der Verbürgerlichung. *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 6/1, 9–28.
- Rinn, Moritz (2021): (Nicht-)Konflikte um Verdrängung von unten verstehen. In: Jan Glatter/Michael Mießner (Hg.), *Gentrifizierung und Verdrängung. Aktuelle theoretische, methodische und politische Herausforderungen*. Bielefeld: transcript, 295–312.
- Rinn, Moritz/Wehrheim, Jan (2018): Urbanität durch soziale Mischung? In: Norbert Gestring/Jan Wehrheim (Hg.), *Urbanität im 21. Jahrhundert. Eine Fest- und Freundschaftsschrift für Walter Siebel*. Frankfurt a.M./New York: Campus, 215–233.
- Rinn, Moritz/Wehrheim, Jan/Wiese, Lena (2022): How Tenants' Reactions to Rent Increases Affect Displacement: An Interactionist Approach to Gentrification. *Urban Studies* 59/15, 3060–3076.

- Schipkowski, Katharina (2016): Urteile im Hausbesetzer-Prozess in Hamburg: Aktivis-tInnen kollektiv verurteilt. taz, 5.12.2016.
- Schubert, Dirk (1992) (Hg.): Sozial Wohnen. Kommunale Wohnungspolitik zwischen Ei-gentümer- und Mieterinteressen. Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publika-tionen.
- Smith, Neil (1996): The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City. Lon-don/New York: Routledge.
- steg – Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH (2013): In-tegrierte Stadtteilentwicklung in Altona-Altstadt.
- Vogelpohl, Anne (2017): Modernisierung und Mietprelsbremse im Widerstreit. In: Uwe Altrock/Ronald Kunze (Hg.), Stadterneuerung und Armut. Wiesbaden: Springer VS, 271–290.

